



Protokoll der 12. Sitzung des Nachbarschaftsbeirats am 11. Oktober 2006

Nach Aufruf der Tagesordnung (geplante Gutachtensergänzungen und Neubeauftragungen durch die FMG) wurde aus dem Kreis der Kommunen beantragt, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen, weil man sich mit Fragen der 3. Start- und Landebahn nicht beschäftigen werde. Auch in Zukunft solle der Nachbarschaftsbeirat nur noch schriftlich informiert werden, falls nicht ausdrücklich eine mündliche Präsentation gewünscht werde.

Mit den Themen Verkehrsinfrastruktur und Umlandfonds solle sich der Arbeitsausschuss befassen. Schließlich solle in der Pressekonferenz ein Mitglied aus dem kommunalen Bereich anwesend sein.

Es wurde zunächst entsprechend 3.3 der Geschäftsordnung als neuer Tagesordnungspunkt „Weiteres Vorgehen im Nachbarschaftsbeirat“ beschlossen.

Zur Frage der Anwesenheit eines kommunalen Mitglieds in der Pressekonferenz wies die Vorsitzende darauf hin, dass sie schon früher in einer Sitzung des Nachbarschaftsbeirats ausdrücklich deutlich gemacht habe, dass selbstverständlich Mitglieder des Nachbarschaftsbeirats an der Pressekonferenz teilnehmen könnten. Von den kommunalen Vertretern des Nachbarschaftsbeirats wurde Bürgermeister Knur als Ansprechpartner aus dem Kreis der Kommunen bestimmt. Die Vorsitzende machte deutlich, dass es in der Pressekonferenz des Nachbarschaftsbeirats um eine neutrale Darstellung der Verhandlungen im Nachbarschaftsbeirat gehe. Im Anschluss daran stehe es den Mitgliedern offen, ihre Einschätzungen und subjektiven Bewertungen mitzuteilen.

In der Diskussion über Bedeutung und Möglichkeiten des Nachbarschaftsbeirats wiederholten die Kommunen ihren Standpunkt aus der gemeinsamen Erklärung vom 25.07.2006. Die FMG legte dar, dass dem Nachbarschaftsbeirat erhebliches auch politisches Gewicht zukomme. Die im Nachbarschaftsbeirat angesprochenen Themen fänden bei der FMG Beachtung, es finde eine kritische Überprüfung statt. Der Zeitplan bezüglich Raumordnung und Planfeststellung sei dem Gremium bekannt. Die FMG erklärte sich zu Verhandlungen über einen Ausgleichsfonds im Arbeitsausschuss bereit.

Die Vorsitzende informierte darüber, dass sie Wirtschaftsministerium und Oberste Baubehörde um eine aktuelle Stellungnahme dazu gebeten habe, wie die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen entsprechend der Resolution des Nachbarschaftsbeirats weiterverfolgt wurden, dass diese Stellungnahmen nunmehr eingegangen seien und an die Mitglieder des Nachbarschaftsbeirats weiter gesandt würden.

Sie informierte weiter darüber, dass die Zusage des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags sowie die Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags zu einem Gespräch mit einer Delegation des Nachbarschaftsbeirats erhalten habe.

Schließlich bestehe auch die Möglichkeit, einen Richter des Bundesverwaltungsgerichts, der noch an der Entscheidung zum Flughafen Berlin Schönefeld mitgewirkt habe und jetzt in Pension gegangen sei, zu dem Thema „Verhandlungen und Absprachen im Nachbarschaftsbeirat - Gefährdung der rechtlichen Position im gerichtlichen Verfahren?“ zu hören. Zu dem letzten Punkt meinte die Mehrheit der Mitglieder des Nachbarschaftsbeirats, im Augenblick bestünde für einen solchen Vortrag kein Bedürfnis.

Es wurden die folgenden Anträge gestellt und mehrheitlich angenommen:

1. Mündliche Vorstellung der für die 12. Sitzung des Nachbarschaftsbeirats übersandten Unterlagen findet nicht statt.
2. Die Themen Verkehrsinfrastruktur und Umlandfonds werden zunächst im Arbeitsausschuss behandelt.
3. Die Kommunen erhalten Informationen der FMG zur 3. Start- und Landebahn schriftlich. Dann wird entschieden, ob eine mündliche Präsentation gewünscht wird.

Es wurde vereinbart, dass die nächste Sitzung des Arbeitsausschusses am 15.11.2006, 14:00 in den Räumen des Nachbarschaftsbeirats, Nordallee 39, stattfindet und das Thema Verkehrsinfrastruktur behandelt wird.

gez. Edda Huther
Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats

gez. Johannes Eigersreiter
Leiter der Geschäftsstelle